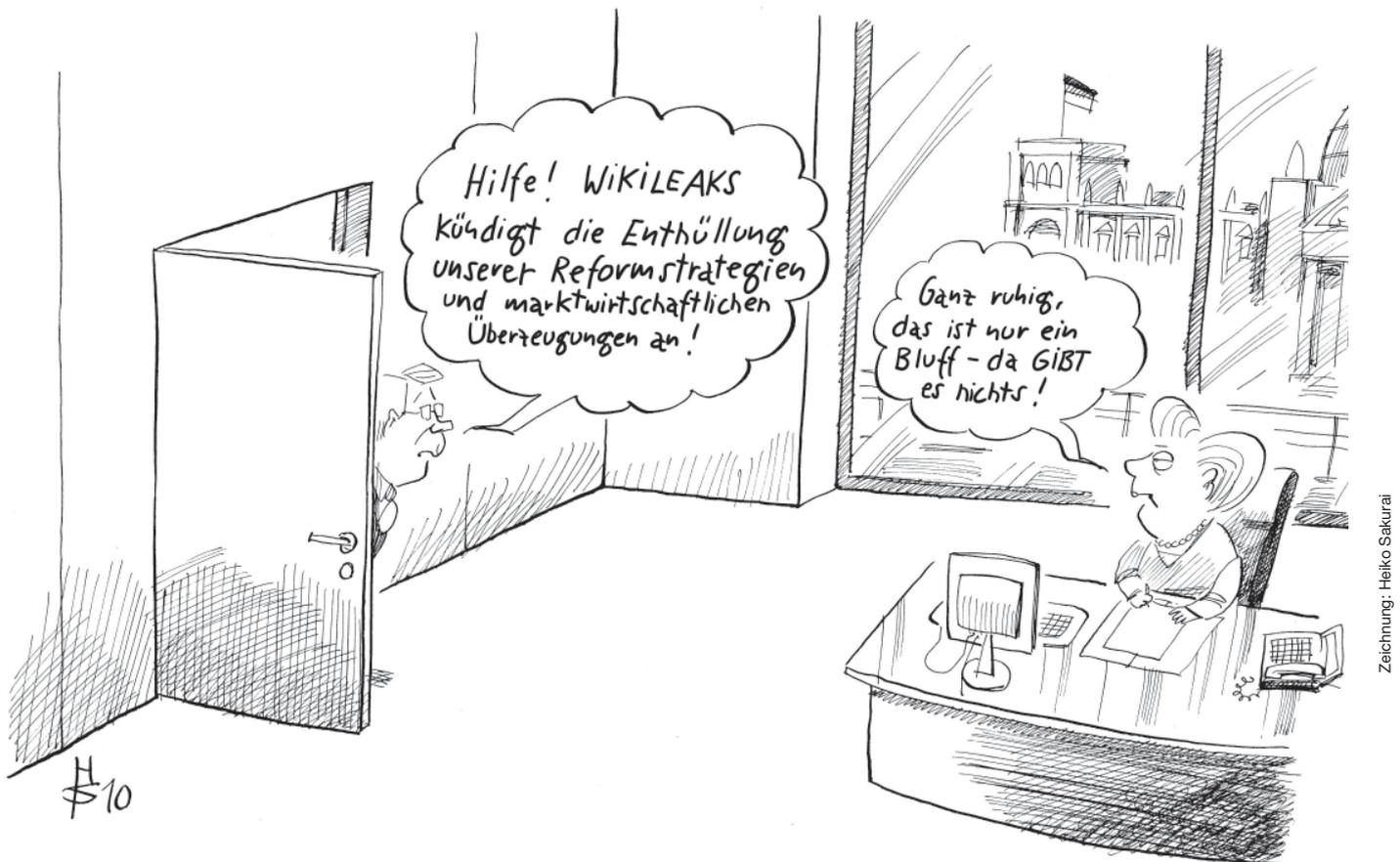


Marktwirtschaft.



Zeichnung: Heiko Sakurai

- 02 Wir brauchen eine echte Ausgabenstrukturreform!
Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
- 03 1 Jahr schwarz-gelbe Bundesregierung
Pressegespräch zur Generationenbilanz
- 04 Dauerhafte Sanierung des Staatshaushalts
Der Kronberger Kreis stellt Lösungsvorschläge vor
Zur Person
Verabschiedung von Eekhoff aus Kronberger Kreis

- 05 Konsolidierung und Entschuldung – aber wie?
Tagung zum Thema öffentliche Finanzen
- 06 Mit kluger Bildungspolitik
Bildungspotentiale nutzen
Tagung zum Thema Chancengerechtigkeit
- 07 Generation D-Preisverleihung in Berlin
Neuer Film über Stiftung Marktwirtschaft
- 08 Zur Person / Zu guter Letzt

Wir brauchen eine echte Ausgabenstrukturreform!

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Glaubt man der amtlichen Statistik, dann steht Deutschland mit nunmehr 1.700 Mrd. Euro Schulden ganz schön in der Kreide. Diese Schulden haben sich aufgetürmt, weil die Ausgaben und hier insbesondere die Sozialausgaben immer nur eine Richtung kannten: nach oben.

Demgegenüber schwankten

die Einnahmen im Konjunkturverlauf erheblich, allerdings spielten diese für die Entstehung der Staatsschuld nur eine untergeordnete Rolle, denn die Einnahmen reichten selbst in den Jahren nicht aus, in denen wir die höchsten Steuereinnahmen unserer Geschichte erzielt haben. Die Tatsache, dass selbst in der besten aller möglichen Situationen die Einnahmen nicht zur Deckung der Ausgaben ausreichen, wird in der Politik gemeinhin als Einnahmeproblem bezeichnet – und diese Bezeichnung schmerzt den Steuerzahler, der sich bald gegenüber den Transferempfängern in der Minderheit befinden wird, ungemein. Der etwas blauäugige Michel denkt nämlich immer noch, dass Ausgaben irgend etwas mit dem zu tun haben müssen, was man einnimmt – weit gefehlt! So zu denken gilt in dieser Republik als naiv und überheblich. Dabei könnte man von der berühmten schwäbischen Hausfrau wirklich etwas lernen: Wenn es – egal wie viel man einnimmt – eben nie reicht, dann bekommt man das Schuldenproblem nur von der Ausgabenseite her in den Griff.

Soweit so gut – nur wie begrenzt man die Ausgaben und in welcher Dimension? Klar ist natürlich: Sparen ist gut und angezeigt. Aber wenn, dann sollte natürlich bei den anderen gespart werden. Die anderen sehen das dann genauso, nur mit anderem Vorzeichen. Aus diesem Grund sind selektive Kürzungsmaßnahmen eher prohibitiv konfliktfördernd und deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt. Umsetzbarer sind die sogenannten Rasenmähermethoden, also Budgetkürzungen in allen Etats. Nach den aktuellen Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft müsste der Ehrbare Staat (Bund, Länder und Gemeinden) alle seine Etats um 3,9 Prozent kürzen, um fiskalische Nachhaltigkeit zu erzeugen, damit zukünftige Generationen nicht für die Zeche der gegenwärtigen zahlen müssen. Da man allerdings Zinsausgaben oder Bundeszuschüsse an die Sozialversicherungen nicht einfach per einseitiger Willenserklärung kürzen kann bzw. Bildungsausgaben

und Investitionen aufgrund der negativen Wachstumseffekte nicht kürzen sollte, bräuchte man bei den anderen Budgetposten dann ein deutlich größeres Kürzungsvolumen von 5,6 Prozent. Als Alternative zu den Rasenmäherkürzungen könnte man aber auch bestimmte Budgetvolumen einfrieren. In Frage kämen hier beispielsweise die Personal- oder auch die Sozialausgaben, die man im Prinzip für nominal nicht kürzbar hält. Je nach Annahmensetzung kommt man aber auch hierbei nicht an einschneidenden Maßnahmen vorbei, denn ein Einfrieren der Sozialausgaben im Bereich von über zehn Jahren oder die Entkopplung der Personalausgaben von der allgemeinen Einkommensentwicklung über tendenziell noch längere Zeit scheint ausgeschlossen. Also was tun?

Die Antwort hierauf liegt wie immer in einer alten Binsenweisheit: der sogenannten Salami-Taktik. Die erste Salamischeibe besteht darin, die bereits in der gesetzlichen Rentenversicherung beschlossenen Reformschritte wirkungsgleich auf die pensionierte Beamtenschaft zu übertragen. Die damit verbundene Gleichbehandlung würde das Nachhaltigkeitsproblem der Gebietskörperschaften um etwa ein Drittel senken. In Kombination mit moderaten Leistungskürzungen im Sozialbereich, Abbau von ineffizienten Subventionen im Energiesektor und einigen Jahren Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst hätten wir den Schuldenstand komplett im Griff und würden dadurch automatisch die Schuldenquote der Gebietskörperschaften langsam zurückfahren. Daneben müssen wir natürlich noch die Probleme auf den anderen Baustellen des öffentlichen Sektors angehen. Denn die 1.700 Mrd. Euro umfassen lediglich die sichtbaren also expliziten Schulden der Gebietskörperschaften. Doch wie bei einem Eisberg verbergen sich unter dieser sichtbaren Spitze des tatsächlichen Schuldenbergs die unsichtbaren impliziten Schulden der Sozialversicherungssysteme in einer Größenordnung von über 6.000 Mrd. Euro. Die Bilanz des Ehrbaren Staates zeigt somit, dass ein noch größeres Nachhaltigkeitsproblem in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung schlummert. Auch hier werden wir nicht um reale Ausgabenkürzungen umhinkommen – es sei denn, wir wollten wirklich Zechpreller zu Lasten unserer Kinder sein – aus Bequemlichkeit und Kurzsichtigkeit.

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
 V.i.S.d.P.: Dr. Susanna Hübner
 Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
 ISSN: 1612-9725

1 Jahr schwarz-gelbe Bundesregierung

Pressegespräch zur Generationenbilanz klärt die Frage nach dem „Ehrbaren Staat“

Gut ein Jahr ist die christlich-liberale Bundesregierung nun im Amt. Die Stiftung Marktwirtschaft hat dies zum Anlass genommen, die ersten wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen von CDU/CSU und FDP auf den Prüfstand der Generationenbilanz zu stellen. Diese betrachtet nicht nur die kurzfristigen Auswirkungen einzelner Politikmaßnahmen auf die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, sondern berücksichtigt auch ihre langfristigen fiskalischen Folgewirkungen unter Einbeziehung der Sozialversicherungen. Die Ergebnisse der Berechnungen stellte Vorstandsmitglied Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen am 19. Oktober in Berlin vor.

Ernüchtern muss, dass das erste Jahr Schwarz-Gelb die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte nicht verbessert hat. Im Vergleich zu der von der Großen Koalition „geerbten“ Nachhaltigkeitslücke (Summe aus expliziter und impliziter Verschuldung) in Höhe von 291 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist sie sogar auf 308 Prozent des BIP bzw. rund 7,4 Billionen Euro gestiegen.

Auch das im Sommer in Eckpunkten beschlossene „Zukunftspaket“ fällt eher bescheiden aus. Das bisher umgesetzte Konsolidierungsvolumen kann angesichts des immensen Haushaltsproblems nur als mickrig bezeichnet werden. Zahlreiche der noch vorgesehenen Einsparungen und Ausgabenkürzungen sind kaum mehr als Absichtserklärungen und Hoffnungswerte. Erst wenn es gelänge, diese „Luftbuchungen“ durch konkrete Maßnahmen zu untermauern, sänke die Nachhaltigkeitslücke um immerhin 32,5 Prozentpunkte auf dann 275 Prozent des BIP.

Kaum überzeugender agierte Schwarz-Gelb im Bereich der Gesundheitspolitik. Mit der Gesundheitsreform verwaltet die Bundesregierung in erster Linie den gesundheitspolitischen Stillstand vergangener Jahre und Jahrzehnte und kompensiert nur den kurzfristig zu erwartenden Ausgabenanstieg im Gesundheitswesen. Eine wirkliche Verringerung der Nachhaltigkeitslücke der Gesetzlichen Krankenversicherung resultiert daraus noch nicht. Notwendig wäre zumindest eine möglichst schnelle Weiterentwicklung des Zusatzbeitragssystems hin zu einer pauschalen Gesundheitsprämie und ein auf alle Einkommensarten ausgeweiteter Sozialausgleich.

web

Die Pressemitteilung und Hintergrundinformationen finden Sie auf unserer Homepage: www.ehrbarer-staat.de.

Wirtschafts Woche

Wirtschaftswoche 21.10.2010

Trügerisches Wachstum für die Bundesregierung

„In einer Studie hat die Stiftung Marktwirtschaft festgestellt, dass die Nachhaltigkeitslücke im Staatsetat seit Amtsantritt von Schwarz-Gelb bis heute sogar gestiegen ist. Addiert man alle Verpflichtungen, die Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen für die Zukunft eingegangen sind, dann betragen diese ungedeckten Lasten inzwischen gar 308 Prozent des BIP. Und gefährlich ist das vor allem deshalb, weil der Staat (anders als jeder ehrbare Kaufmann) in seiner Haushaltsaufstellung keine Rückstellungen bilden muss.“

Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung 20.10.2010

Stiftung Marktwirtschaft zieht negative Bilanz

„Die Bilanz zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen fällt [...] negativ aus.“ Laut eigenen Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft ist die Nachhaltigkeitslücke unter der schwarz-gelben Bundesregierung auf 307,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen. „Von der Großen Koalition hatte Schwarz-Gelb 2009 eine Nachhaltigkeitslücke von 291 Prozent des BIP übernommen. ‚Wir brauchen jetzt mutige Entscheidungen‘, verlangte Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung.“

Frankfurter Allgemeine

F.A.Z. 20.10.2010

Spardruck trotz Mehreinnahmen

„Auch der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen forderte die Koalition auf, nicht weiter auf Kosten künftiger Generationen zu wirtschaften. Nach seinen Berechnungen beträgt derzeit die langfristige Lücke [...] 7,4 Billionen Euro. Nach den Worten Raffelhüschens laufen die Ausgaben den Einnahmen regelmäßig davon.“

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Stuttgarter Nachrichten 20.10.2010

Ist die Zukunft schon gewesen?

„Der in Freiburg lehrende Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen malt schwarz, als er am Dienstag in Berlin als Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft deren jüngste Studie zur Generationenbilanz vorstellt. Die als wirtschaftsliberal geltende Stiftung hat den Anspruch, Zahlen auf den Tisch zu legen, die beziffern, was an Geld fehlt, wenn alles bleibt, wie es ist.“

Dauerhafte Sanierung des Staatshaushalts

Der Kronberger Kreis stellt in seiner neuen Studie detaillierte Lösungsvorschläge vor

Eine hohe Staatsverschuldung ist auch deshalb problematisch für ein Land, weil sie mit steigenden Refinanzierungskosten einhergeht. Wenn der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben jedoch immer größer wird, verringert sich der Gestaltungsspielraum für andere, für Wachstum und Beschäftigung wichtige Politikbereiche, wie z.B. Bildung, Forschung und Infrastruktur.

In seiner neuen Studie mit dem Titel „Öffentliche Finanzen dauerhaft sanieren – in Deutschland und Europa“ bewertet der Kronberger Kreis institutionelle Regelungen zur Verschuldung auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder. Die Professoren Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Lars P. Feld, Wernhard Möschel und Manfred J.M. Neumann stellen darin folgenden Forderungskatalog auf:

- **Härtung des Stabilitäts- und Wachstumspakts** durch ein automatisch einsetzendes Defizitverfahren, die Einführung eines unabhängigen Stabilitätsrats und nationaler Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild.
- Einführung einer **europäischen Insolvenzordnung**, die die Gläubiger eines überschuldeten Landes in einem geordneten Verfahren an der Sanierung beteiligt.
- **Weiterentwicklung der Schuldenbremse auf Bundesebene** durch Beseitigung der Gestaltungsspielräume in Bezug auf die Darlehensvergabe bei den Sozialversicherungen und die Verknüpfung von bereits bestehenden Sondervermögen mit der Schuldenbremse.
- **Härtung der Schuldenbremse auf Länderebene:** Dabei sollten für die Öffentlichkeit nachvollziehbare Konjunkturbereinigungsverfahren und Kontrollkonten eingerichtet werden. Damit die Länder bei der Konsolidierung größere Handlungsspielräume besitzen, fordert der Kronberger Kreis eine Stärkung ihrer Steuerautonomie.
- Eine erfolgreiche Konsolidierung muss auf der Ausgabenseite ansetzen, insbesondere durch die Streichung von Subventionen und Steuervergünstigungen. Zudem plädiert der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft für **grundlegende Reformen des Steuer- und Sozialsystems:** „Die Konsolidierung kann auch vor den Sozialausgaben nicht halt machen.“ Hierzu konkretisiert der Kronberger Kreis Ideen zur Reformierung der Arbeitslosen-, der Renten-, der Kranken- und der Sozialen Pflegeversicherung.

KRONBERGER KREIS-Studie



Öffentliche Finanzen dauerhaft sanieren – in Deutschland und Europa

Schriftenreihe Band 52,
Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.),
Berlin 2010.

Zum Herunterladen auf:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Verabschiedung von Prof. Dr. Johann Eekhoff (re.) aus dem Kronberger Kreis durch Prof. Dr. Theo Siegert



Bei der jährlichen gemeinsamen Sitzung des Stiftungsrats und des Kronberger Kreises wurde Prof. Dr. Johann Eekhoff, seit 2002 Sprecher des Kronberger Kreises, feierlich verabschiedet. In seiner Ansprache würdigte der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert die vielseitigen Arbeitsschwerpunkte Eekhoffs, die von der Arbeitsmarktökonomik bis zur Steuerpolitik reichen. Der aus dem ostfriesischen Dorf Boekzetelerfehn stammende Volkswirt ist nicht nur in der Wissenschaft zu Hause, sondern hat sich stets für die politische Umsetzung seiner Ideen engagiert, so auch in seiner früheren Tätigkeit als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Eekhoff bedankte sich bei Siegert sowie den Kollegen im Kreis für die konstruktive Zusammenarbeit und die ertragreichen Diskussionen. Seit seinem Eintritt in den Kreis im Juli 1995 hat Eekhoff an insgesamt 166 Sitzungen teilgenommen und an 24 Studien mitgewirkt. Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft trifft sich an 11 Samstagen im Jahr, um seine Politikkonzepte zu entwickeln.

Konsolidierung und Entschuldung – aber wie?

Tagung zum Thema öffentliche Finanzen

An den Finanzmärkten wird nach Griechenland und Irland kräftig über die nächsten Kandidaten für den Rettungsschirm der EU und des IWF spekuliert. Und die hohe öffentliche Verschuldung ist nicht nur ein Problem der anderen – auch Deutschland wird in diesem Jahr voraussichtlich eine Schuldenstandsquote von 78 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen. Staatsschulden bleiben auch in den kommenden Jahren ein wirtschaftspolitisches Dauerthema.

Die Stiftung Marktwirtschaft ging mit ihrer Tagung am 1. Dezember im Reichstagsgebäude über die aktuelle Diskussion der notwendigen Begrenzung der staatlichen Verschuldung hinaus und thematisierte mögliche Entschuldungsstrategien. Um die Schuldenproblematik auf allen föderalen Ebenen zu beleuchten, waren der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzminister, Steffen Kampeter MdB, die Länderfinanzminister Willi Stächele MdL (Baden-Württemberg) und Dr. Carsten Kühl (Rheinland-Pfalz) sowie für die Kommunen Magnus Staehler, Bürgermeister a.D., eingeladen. Die Sicht der Wissenschaft wurde dem Publikum von Prof. Dr. Lars P. Feld, Kronberger Kreis und Walter Eucken Institut Freiburg, und Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Stiftung Marktwirtschaft und Universität Freiburg, nahegebracht.

Stächele bemühte das Bild der schwäbischen oder auch badischen Hausfrau, die nur das ausgibt, was sie einnimmt. Die öffentliche Hand müsse sich nach diesem Vorbild richten. Selbstkritisch räumte er ein, Politik habe in den vergangenen zwei Jahrzehnten Haushaltszwänge zu wenig kommuniziert und auch nicht ausreichend klar Prioritäten von Nachrangigem getrennt.



Kühl (siehe Bild oben) plädierte dafür, Haushaltskonsolidierung durch eine Mischung aus Einnahmeerhöhung und Ausgabensenkung zu betreiben. Er appellierte an den Bund, seine besondere gesamtstaatliche Aufgabe in der Steuerpolitik wahrzunehmen. Denn ohne den Bund besäßen Länder und Kommunen nur sehr geringe Spielräume bei der Haushaltskonsolidierung. Dass Entschuldung auf kommunaler Ebene gelingen kann, wenn die Politik die Bürger von der Notwendigkeit der Konsolidierungsbemühungen überzeugt, stellte Staehler am Beispiel der Entschuldung der nordrhein-westfälischen Kommune Langenfeld anschaulich dar.

Der Vortrag von Feld verdeutlichte die Gefahr der Entwicklung der Europäischen Union zur Transferunion. Feld stellte die Wichtigkeit der No-Bailout-Klausel heraus und erläuterte die Vorschläge des Kronberger Kreises für institutionelle Reformen auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder (siehe Seite 4). Sein Kollege Raffelhüschen wies auf die besorgniserregende Höhe der Nachhaltigkeitslücke (Summe aus expliziter und impliziter Staatsverschuldung) von 308 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hin und präsentierte Berechnungen zu den Auswirkungen konkreter Ausgabenkürzungen.

Kampeter (siehe Bild links) bezeichnete die Haushaltspolitik der Koalition als „wachstumsfreundliche Konsolidierung“ und erläuterte, dass das Vertrauen in die staatlichen Finanzen ein zentraler Wachstumstreiber in der Volkswirtschaft sei. Konsolidierung sei alternativlos, wobei sich der Staatssekretär für eine regelgebundene Finanzpolitik aussprach und die Notwendigkeit einer umfassenden Staatsreform betonte.

Mit kluger Bildungspolitik Bildungspotentiale nutzen

Tagung zum Thema Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem

Die soziale Marktwirtschaft beruht in ihrem produktiven Kern auf Freiheit und Eigenverantwortung, dem Leistungsprinzip und dem Wettbewerbsmechanismus. Damit ihr Versprechen „Wohlstand für alle“ nicht zu einer bloßen Worthülse erodiert und ein fairer Leistungswettbewerb entstehen kann, sind von der sozialen Herkunft unabhängige Startchancen wichtig. Das setzt insbesondere gleich gute Zugangschancen zum Bildungssystem für alle Kinder voraus. Vor diesem Hintergrund diskutierten auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft am 10. November renommierte Wissenschaftler mit Bundes- und Landespolitikern über Herausforderungen und Lösungsansätze im deutschen Bildungssystem – sowohl im Hinblick auf die Qualität der Bildungsergebnisse als auch seine soziale Durchlässigkeit.

Von Seiten der Wissenschaft, vertreten durch Prof. Dr. Barbara Ischinger, Bildungsdirektorin der OECD, und Prof. Dr. Ludger Wößmann, Universität München und ifo-Institut, wurde die starke soziale Selektion des deutschen Bildungswesens kritisiert. Prof. Ischinger zeigte anhand aktueller OECD-Daten, dass in anderen Ländern der Schulerfolg deutlich weniger von der sozialen Herkunft beeinflusst wird, gerade auch im Hinblick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Prof. Wößmann wies darüber hinaus auf das enorme wirtschaftliche Potential von erfolgreicher Bildungspolitik hin, was beispielsweise in dem engen positiven Zusammenhang zwischen den PISA-Ergebnissen und dem jeweiligen Wirtschaftswachstum eines Landes zum Ausdruck kommt. Zu den Empfehlungen an die Politik gehörten u.a. eine stärkere

frühkindliche Förderung, längeres gemeinsames Lernen sowie mehr Wettbewerb zwischen den Schulen in Verbindung mit externen Leistungsüberprüfungen.

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister für Kultus und Sport des Freistaates Sachsen, betonte die langfristigen Wirkungszusammenhänge von Bildungspolitik. Besondere Bedeutung maß er motivierten und pädagogisch geschulten Lehrerinnen und Lehrern bei. Unter Bezugnahme auf Walter Eucken plädierte er darüber hinaus für mehr Konstanz in der Bildungspolitik und warnte vor andauernden Strukturveränderungen im Schulsystem. Stattdessen sollte stärker in die Qualitätsentwicklung des Unterrichts sowie in die frühkindliche Bildung und Erziehung investiert werden.

Die Bedeutung der frühkindlichen Förderung war auch Konsens unter den bildungspolitischen Sprechern von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. In einer konstruktiv geführten, vielschichtigen Diskussion, moderiert von Handelsblatt-Korrespondentin Barbara Gillmann, wurden aber auch unterschiedliche Schwerpunkte deutlich: So forderte Ernst Dieter Rossmann MdB (SPD), den „Bildungshunger“ bei Jugendlichen zu fördern und plädierte für einen Rechtsanspruch auf Aufstiegsstipendien. Patrick Meinhardt MdB (FDP) stellte die Lehrerbildung in den Vordergrund und forderte mehr Wettbewerb zwischen den Schulen. Priska Hinz MdB (Bündnis 90/Die Grünen) sah Handlungsbedarf beim längeren gemeinsamen Lernen, beim Übergang von Schule und Beruf sowie bei der Weiterbildung, etwa durch ein reformiertes Erwachsenen-BAföG.



Das Podium (v.l.):

Prof. Dr. Ludger Wößmann, Barbara Gillmann, Prof. Dr. Barbara Ischinger, Prof. Dr. Michael Eilfort, Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB, Priska Hinz MdB, Prof. Dr. Roland Wöllner MdL und Patrick Meinhardt MdB.

tipp

In Kürze erscheint ein Tagungsbericht über diese Veranstaltung.

Preisverleihung bei Studentischer Ideenwettbewerb

GENERATION-D
IDEEEN FÜR DEUTSCHLAND. GEMEINSAM ANPACKEN.

Stiftung Marktwirtschaft hat in Zusammenarbeit mit ihren Projektpartnern Bayerische EliteAkademie, Süddeutsche Zeitung und Allianz S.E. Ende November bereits zum dritten Mal die Preisträger von „Generation-D. Ideen für Deutschland“ prämiert. Zur Preisverleihung im Hotel Adlon reisten die 10 Finalisten des Wettbewerbs für ein Wochenende nach Berlin. Sie wurden aus insgesamt 107 Einsendungen aus 15 Bundesländern und über 100 verschiedenen Hochschulen und Universitäten ausgewählt und präsentierten ihre Ideen vor Publikum. Die drei Sieger erhalten ein Preisgeld von insgesamt 15.000 Euro.



Bei dem Wettbewerb sind Ideen gefragt, die Probleme längerfristig lösen helfen und positive Anreize und Signale in die Gesellschaft aussenden. Rechnen dürfen sie sich auch. Und ein Gewinn für alle Studierenden, die mit ihrer Teilnahme an GENERATION-D gesellschaftliches Engagement und Kreativität an den Tag legen, sind sie obendrein.

Mit seiner Idee in der Kategorie „Arbeit, Wirtschaft & Umwelt“ überzeugte „greenestcar.de“. In dem Projekt werden Autotypen für den Verbraucher nachvollziehbar nach ihrer Umweltfreundlichkeit bewertet und auf einer Internetplattform gelistet.

In der Wettbewerbskategorie „Soziale Gesellschaft“ konnte sich das Team „e-kids“ durchsetzen. Das Projekt basiert auf der Idee, mit Hilfe einer Internetplattform eine Social Community aufzubauen, in der sich Eltern mit dem Ziel der Bildung eines Betreuungsnetzes untereinander austauschen.

Das Konzept des dritten Siegerteams „Medienkompetenz 2.0“ aus dem Bereich „Kultur & Bildung“ hat zum Inhalt, Vorträge und Workshops an Schulen durch Studenten anzubieten, um den kompetenten und sicheren Umgang mit den neuen Medien zu fördern.



Die Stiftung Marktwirtschaft – der Film Wer wir sind und was wir wollen



Die Stiftung Marktwirtschaft – der Film Wer wir sind und was wir wollen

Wollten Sie schon immer einmal mehr über die Stiftung Marktwirtschaft erfahren? Was genau die Stiftung macht und wer die Stiftung ist? Dann können Sie sich ab sofort einen kurzen Film im Internet über die Stiftung, ihr Team und ihre Aktivitäten ansehen. Mit der Kamera wird das Stiftungsteam bei der Arbeit auf Fachtagungen unter anderem mit dem Bundesfinanz- sowie dem Bundesumweltminister begleitet und gewährt Einblick in ihr Jahrestreffen in Kronberg und in ihr Büro mit Sitz am Berliner Gendarmenmarkt. Sehen Sie selbst unter:

www.stiftung-marktwirtschaft.de.

Jean-Claude
Juncker:
Weichmacher



Foto: SIP_CV_DE_Juncker

Luxemburgs Premierminister Juncker wirbt kurzfristig für europäische Anleihen, also eine Schulden-Union ohne politische Union. Den Nutzen aus einseitiger Politik oder aus Buchungstricks und übermäßigen Schulden haben Irland bzw. Griechenland gezogen (neben zahllosen EU-Subventionen), die Folgekosten sollen alle zahlen. Ganz pragmatisch müsse man jetzt sein, es solle doch „nur ein Teil nationaler Schulden auf europäischer Ebene gebündelt“ werden. Und „nur in Ausnahmefällen“ könnten zu 100 Prozent Euro-Bonds ausgegeben werden. Die Ausnahme wird aber zur Regel werden, der Systembruch zum Prinzip. Wir glauben gar nichts mehr, nachdem uns zuletzt die Griechenland-Hilfe mit einem Sanktionsautomatismus verkauft wurde, der nicht kommt. Die Preisgabe der Maastricht-Kriterien und marktwirtschaftlicher Prinzipien (Wettbewerb! Transparenz! Haftung!) macht den Euro weich, nicht die Korrektursignale der Märkte. Und „simples Denken“ ist nicht der standhaften Bundeskanzlerin vorzuwerfen, sondern denen, die bei allen falschen Weichenstellungen – 2004 leider auch von Deutschland betrieben – dabei waren.

Garrelt Duin
MdB:
Hoffnungsschimmer



Auf nationaler Ebene gilt der erfreute Blick der größten Oppositionspartei (nach Wählerstimmen). Sie erschöpft sich nicht im „dagegen“, sondern ist zu spannenden inhaltlichen Debatten fähig. Dass dabei auch noch marktwirtschaftliche Bekenntnisse formuliert werden, macht Hoffnung: Das vom Bundestagsabgeordneten und „Seeheimer“ Garrelt Duin formulierte Papier „Mehr Mut zur Sozialdemokratie“ enthält auch mehr Mut zu Freiheit und Wettbewerb. Es ist ein wichtiges Signal und Beleg dafür, dass in der Berliner Opposition die Kombination aus politischem Realismus und ökonomischem Sachverstand durchaus existiert.

Christoph
Butterwegge:
Kassandra
für Arme



„Wer sucht, der findet“, sagt der Volksmund. Was also findet ein deutscher „Armutsforscher“? Armut in Deutschland! Wie viel davon findet ein Professor, der Mittel für seinen Kölner Lehrstuhl und öffentliche Aufmerksamkeit erhalten will? Dramatisch viel natürlich! Alles wird immer schlimmer: Eine „Ellenbogengesellschaft“ ohne Solidarität (als ob nicht zehn Prozent der Einkommensteuerzahler 53 Prozent des Aufkommens trügen), die „zunehmende Schere zwischen Arm und Reich“ (wobei als „Reich“ schon die ausgepresste Mitte gilt, an der die Lasten des Sozialstaats hängenbleiben) und natürlich viel zu wenig staatliche Leistungen für die „Bedürftigen“ (in einem der teuersten Sozialstaaten der Welt). Sparen erklärt Butterwegge zur „neoliberalen Ideologie“. Wir haben es ja: „Geld ist genug da, wenn es sich auch meist in der falschen Tasche befindet“, meint Butterwegge. Ein rheinischer Kapitalismus, der dem Sozialismus fast gleich kommt.

Zu guter Letzt

„Die Politik ist zu einer Kunst geworden, den Bürgern auf unauffällige Weise ihr Geld abzunehmen und es nach Abzug steigender Verwaltungskosten in einem Zeremoniell so zu verteilen, dass jeder sich noch für beschenkt hält.“

Der frühere Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel